

Schlusswort:

Kundus 2009: Auf Befehl von Georg Klein sterben 136 Menschen und eine unbekannte Zahl wird verletzt und traumatisiert. Der Bundestagsuntersuchungsausschuss arbeitet dies als Kriegsverbrechen auf. Die Bundesanwaltschaft stellt die Ermittlungen ein. Georg Klein kommt nicht vor Gericht, sondern wird von der Bundeswehrführung mit einer Beförderung belohnt und ist heute ranghöchster Ausbilder der Bundeswehr. Damit gibt er seine rechtlichen, militärischen und moralischen Werte weiter.

Altkanzler Schröder erklärt als Volljurist im Jahr 2014, dass er mit seinem Angriffsbefehl gegen die Volksrepublik Jugoslawien gegen das Völkerrecht verstoßen hat. Bis heute ist er juristisch unbehelligt.

In Büchel lagern 20 amerikanische Atombomben, die im Einsatzfall von deutschen Piloten ins Zielgebiet geflogen werden. Dies ist ein Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag und weitere völkerrechtliche Bestimmungen. Die Aktivitäten der Strafverfolgungsbehörden richten sich einzig gegen die kritischen Aktivisten und Aktivistinnen. Die völkerrechtsbrechenden staatlichen Akteure werden durch die Justiz geschützt.

Alle amerikanischen Drohnenmorde sind ohne den Standort Rammstein physikalisch unmöglich. Es gibt keine einzige völkerrechtliche Rechtfertigung für diese täglichen Kriegsverbrechen.

Solange ich lebe gab es keinen einzigen Tag, an dem Bundeswehrangehörige nicht an Kriegen teilnahmen. Mit dieser entsetzlichen Realität kann ich keinen Frieden finden.

Wie passt dies zu den Normen und Werten unserer Gesellschaft und zu unserem Grundgesetz aus denen sich unsere Handlungsweisen ableiten?

Basierend auf dieser Überlegung bitte ich Sie, Frau Richterin Semmler, Frau Lerch, Herr Wegner, meine Argumente, wenn es Ihnen möglich ist, zu entkräften. Sollte Ihnen dies gelingen, werde ich die Colbitz-Letzlinger Heide nicht mehr betreten.

Sollte Ihnen das Entkräften der von mir vorgebrachten sachlichen und juristischen Argumente nicht gelingen, beantrage ich frei gesprochen zu werden.

Sollten Sie meine Argumente weder teilen noch entkräften können, bitte ich Sie darum, eine Richtervorlage an das Bundesverfassungsgericht zu erarbeiten.

Sollten sie meine Argumente, wie im Verfahren vor dem Amtsgericht erfolgt, übergehen, verbietet mir mein Gewissen Ihr Urteil anzuerkennen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.